

Reglement betreffend Voraussetzungen und Verfahren für eine Teilliquidation

Ausgabe 2009



Inhaltsverzeichnis

Art. 1	Einleitung	1
Art. 2	Sachverhalt der Teilliquidation	1
Art. 3	Kollektiver bzw. individueller Austritt	1
Art. 4	Stichtag	1
Art. 5	Ermittlung der freien Mittel	1
Art. 6	Mitgabe von freien Mitteln (Verteilplan)	2
Art. 7	Mitgabe von Rückstellungen und Schwankungsreserven	2
Art. 8	Form der Übertragung	2
Art. 9	Anpassung bei wesentlicher Veränderung	2
Art. 10	Anrechnung eines Fehlbetrages	2
Art. 11	Information	3
Art. 12	Reglementsänderung	3
Art. 13	Inkrafttreten	3

Art. 1 Einleitung

Gestützt auf Art. 25 des Basis-Reglements der Bafidia Pensionskasse und den Bestimmungen von Art. 23 FZG, Art. 53d BVG, Art. 27g und 27h BVV2 werden nachfolgend die Voraussetzungen und das Verfahren für eine Teilliquidation geregelt.

Art. 2 Sachverhalt der Teilliquidation

Der Sachverhalt der Teilliquidation liegt vor

- a) bei Auflösung eines Anschlussvertrages, sofern dadurch mindestens 5 % der Versicherten aus der Pensionskasse ausscheiden oder
- b) bei Restrukturierung eines Unternehmens, sofern dadurch mindestens 5 % der Versicherten aus der Pensionskasse ausscheiden oder
- c) bei einer Verminderung der Belegschaft aus wirtschaftlichen Gründen, sofern dadurch mindestens 10 % der Versicherten aus der Pensionskasse ausscheiden.

Art. 3 Kollektiver bzw. individueller Austritt

Treten mindestens 10 Versicherte als Gruppe in dieselbe neue Vorsorgeeinrichtung über, handelt es sich um einen kollektiven Austritt, in allen andern Fällen handelt es sich um einen individuellen Austritt.

Art. 4 Stichtag

Der Vorstand bestimmt den massgeblichen Zeitpunkt oder Zeitrahmen für die Festlegung des Kreises der Betroffenen in Abhängigkeit des Ereignisses und der Austritte der Versicherten. Bilanzstichtag ist das Ende des Kalenderjahres, das dem Beginn der Verwirklichung des Teilliquidationstatbestandes am nächsten liegt.

Art. 5 Ermittlung der freien Mittel

Grundlage für die Bestimmung der freien Mittel bilden die versicherungstechnische und die kaufmännische Bilanz (Jahresrechnung mit Bilanz, Betriebsrechnung und Anhang) sowie allfällige zusätzliche Rückstellungen (Fortbestand), aus denen die tatsächliche finanzielle Lage der Pensionskasse zu Veräusserungswerten (Marktwerte) hervorgeht. Die Bewertung der Vermögenswerte und der Verpflichtungen sowie die Bildung von Rückstellungen und Reserven erfolgt nach fachmännischen und kontinuierlich angewendeten Grundsätzen. Massgebend ist die von der Kontrollstelle geprüfte Jahresrechnung per Stichtag der Teilliquidation.

Art. 6 Mitgabe von freien Mitteln (Verteilplan)

Bei einem individuellen Austritt besteht ein individueller, bei einem kollektiven Austritt ein kollektiver Anspruch an den freien Mitteln. Die freien Mittel werden in Prozenten der Deckungskapitalien festgehalten. Der Anteil der austretenden Versicherten und der austretenden Rentner an den freien Mitteln entspricht diesem Prozentsatz angewendet auf ihre Austrittsleistung bzw. ihr Deckungskapital. Eintrittsleistungen und Einkaufssummen, welche im letzten Jahr eingebracht wurden, bleiben für die Berechnung des Anteiles an den freien Mitteln unberücksichtigt. WEF-Vorbezüge und Auszahlungen infolge Ehescheidungen im letzten Jahr werden für die Berechnung des Anteiles an den freien Mitteln der Austrittsleistung hinzugerechnet.

Art. 7 Mitgabe von Rückstellungen und Schwankungsreserven

Bei einem kollektiven Austritt besteht ein kollektiver anteilmässiger Anspruch auf die Rückstellungen und Schwankungsreserven. Der Anspruch auf die Rückstellungen besteht jedoch nur, soweit auch versicherungstechnische Risiken mitübertragen werden. Zudem wird dem Beitrag angemessen Rechnung getragen, den das austretende Kollektiv zur Bildung der Rückstellungen und Schwankungsreserven geleistet hat. Tritt eine Arbeitgeberfirma in die Pensionskasse ein, ohne sich vollständig in die Rückstellungen und Schwankungsreserven einzukaufen, werden im Anschlussvertrag für den Fall des Austritts ergänzende Bestimmungen festgelegt. Der Anspruch auf Schwankungsreserven entspricht anteilmässig dem Anspruch auf das Spar- und Deckungskapital. Der Anspruch an den Rückstellungen und Schwankungsreserven wird kollektiv übertragen. Der Vorstand entscheidet über Form und Art der an die neue Vorsorgeeinrichtung zu übertragenden Mittel.

Art. 8 Form der Übertragung

Der kollektive Austritt wird sofern möglich in einem Übernahmevertrag geregelt. Bei individuellen Austritten gelten betreffend die Überweisung von freien Mitteln die Bestimmungen von Art. 16 des Reglements des Basis-Reglements der Bafidia Pensionskasse sinngemäss.

Art. 9 Anpassung bei wesentlicher Veränderung

Falls sich die Aktiven oder die Passiven zwischen dem Stichtag der Teilliquidation und der Übertragung der Mittel wesentlich (mehr als 5%) ändern, werden die zu übertragenden Rückstellungen, Schwankungsreserven und freien Mittel angepasst.

Art. 10 Anrechnung eines Fehlbetrages

Ergibt sich per Stichtag der Teilliquidation unter Berücksichtigung der aktuellen versicherungstechnischen Bilanz ein Fehlbetrag gemäss Art. 44 BVV 2, darf dieser anteilmässig und individuell bei der Austrittsleistung abgezogen werden, sofern dadurch nicht die Altersguthaben gemäss BVG geschmälert werden. Wurde die ungekürzte Austrittsleistung bereits überwiesen, muss der Versicherte den Abzug zurückerstatten. Der Fehlbetrag wird in Prozenten der Deckungskapitalien festgehalten. Der Anteil der austretenden Versicherten und der austretenden Rentner am Fehlbetrag entspricht diesem Prozentsatz angewendet auf ihre Austrittsleistung bzw. ihr Deckungskapital. Eintrittsleistungen und Einkaufssummen, welche in den letzten 6 Monaten eingebracht wurden, bleiben für die Berechnung des Anteiles am Fehlbetrag unberücksichtigt. WEF-Vorbezüge und Auszahlungen infolge Ehescheidungen der letzten 6 Monate werden für die Berechnung des Anteiles am Fehlbetrag der Austrittsleistung hinzugerechnet.

Art. 11 Information

Die Pensionskasse informiert die Versicherten und Rentner zeitgerecht über die Teilliquidation und gewährt ihnen namentlich Einsicht in die Verteilpläne. Diese haben das Recht, gegen den Entscheid des Vorstandes innert 30 Tagen ab Erhalt der Information beim Vorstand Einsprache zu erheben. Diese Einsprache hat schriftlich und unter Angabe einer Begründung zu erfolgen. Der Vorstand erlässt innert angemessener Frist einen Einspracheentscheid.

Die Versicherten und die Rentner haben das Recht, die Voraussetzungen, das Verfahren und den Verteilplan bei der zuständigen Aufsichtsbehörde innert 30 Tagen ab Erhalt des Einspracheentscheides durch den Vorstand überprüfen und entscheiden zu lassen.

Eine Beschwerde gegen den Entscheid der Aufsichtsbehörde hat nur aufschiebende Wirkung, wenn der Präsident der zuständigen Abteilung des Bundesverwaltungsgerichtes oder der Instruktionsrichter dies von Amt wegen oder auf Begehren des Beschwerdeführers verfügt. Werden bei der Aufsichtsbehörde keine Einwendungen vorgebracht, wird der Verteilplan vollzogen. Die Kontrollstelle bestätigt in ihrem Bericht gemäss Art. 22 der Statuten der Bafidia Pensionskasse die ordnungsgemässe Durchführung der Teilliquidation.

Art. 12 Reglementsänderung

Das vorliegende Reglement kann vom Vorstand der Bafidia Pensionskasse unter Vorbehalt der Genehmigung durch die Aufsichtsbehörde jederzeit geändert werden.

Art. 13 Inkrafttreten

Das Reglement wurde vom Vorstand der Bafidia Pensionskasse am 12. August 2009 beschlossen, es tritt nach der Genehmigung durch die Aufsichtsbehörde in Kraft.

Ort und Datum
Zürich, 12. August 2009

Im Namen des Vorstands
Dr. H. Walser Dr. F. Renggli
Präsident Vizepräsident